



## Sicherheit mit menschlichem Gesicht

Die FDP setzt sich für eine liberale Sicherheitsarchitektur neuen Zuschnitts ein. Wir brauchen keine neuen Sicherheitsgesetze, sondern wir müssen unsere Behörden in die Lage versetzen, effizient und zielgerichtet zu handeln.

In den letzten Jahren wurden die Behörden vor allem technisch aufgerüstet, aber personell abgebaut. Unsere Fußgängerzonen, Bahnhöfe oder Flughäfen wurden zwar mit Überwachungskameras ausgestattet, aber jeder weiß: sie können bei der Aufklärung helfen, aber keine Gewalttat verhindern. Streifenpolizisten können das aber sehr wohl. Sie machen Sicherheit für den Bürger erfahrbar und sie können präventiv brenzlige Situationen befrieden und Ansprechpartner für Hilfesuchende sein.

Polizisten sind Fachleute für Krisensituationen. Kriminalitätsbekämpfung ist keine Aufgabe für bewaffnete Laien. In vier Bundesländern, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Sachsen, werden derzeit auch sogenannte „Angehörige des freiwilligen Polizeidienstes“, oder kurz: Hilfspolizisten, eingesetzt. Der Ansatz ist zwar richtig – die Ausführung aber fragwürdig.

Die originäre Polizeiarbeit ist keine Aufgabe für Laien, die, wie in Baden-Württemberg, auch mit einer Walther P5 bewaffnet werden, in Polizeiuniformen stecken, aber nur

### Termine

#### 12.02.2011 Empfang in Schorndorf

Künkelinhalte, 11 Uhr. Empfang des FDP-Kreisverbandes zu Ehren der 70. Geburtstage von Ulrich Theurer und Peter Erdmann. Laudatio: Walter Döring

#### 16.02.2011 FDP Schorndorf

Veranstaltung mit Otto Fricke MdB Schlachthofgaststätte in Schorndorf. Beginn ist um 19.30 Uhr.

#### 17.02.2011 FDP Weinstadt

Unternehmerfrühstück mit Otto Fricke MdB im Café am Markt in Beutelsbach. Beginn ist um 9 Uhr



Hartfrid Wolff, MdB

Foto: Kiessling

eine kurze Ausbildung durchlaufen haben. Weder in der Gefahrenprävention, noch in der Einsatzunterstützung, ist die durchlaufene Ausbildung ausreichend. Gerade, wenn es darauf ankommt, mit konkreten Gefahren oder unübersichtlichen Situation um zu gehen, ist Ausbildung und Erfahrung unschätzbare wertvoll.

In Baden-Württemberg müssen diese Hilfspolizisten einen zweiwöchigen Ausbildungskurs absolvieren, in Bayern 40 Stunden, in Hessen 50 Unterrichtsstunden und in Sachsen 60 Stunden. Das ist inakzeptabel wenig und verantwortungslos. In Baden-Württemberg bekommen die Hilfspolizisten danach eine Walther P5 und ein Pfefferspray ausgehändigt und werden unter anderem, weil die Personaldecke der Polizei dünn ist, bei regulären Polizeieinsätzen und zum Streifendienst eingesetzt.

Welche Folgen das haben kann, hat der Amoklauf von Lörrach im September 2010 gezeigt: Dort war ein Hilfspolizist, der zur Tatzeit regulär Streifendienst in einem Polizeiwagen verrichtete, zum Einsatzort beordert worden, obwohl aus den eingegangenen

Notrufen bereits ersichtlich war, dass am Einsatzort geschossen wird. Der Hilfspolizist war mit seinem Kollegen sogar als erster am Tatort und wurde beim anschließenden Schusswechsel verletzt.

Auch wenn der Einsatz in Lörrach rechtmäßig war, ist diese Vorgehen skandalös. Regulärer Streifendienst, die Bekämpfung von Straftaten oder gar der Einsatz in einem Amokfall, sind hoheitliche Aufgaben und somit Aufgaben der Polizei. Nur sie ist dafür auch ausgebildet. Laien bewaffnet in Polizeieinsätze zu schicken, ist unverantwortlich und gefährdet Menschenleben – das des Hilfspolizisten ebenso wie das unschuldiger Opfer oder eventuell das eines Täters.

Die FDP fordert deshalb, zu Streifendiensten und Einsätzen ausschließlich ausgebildete Polizeibeamte zu schicken. Bei dadurch ausgedünnter Personallage sind wieder vermehrt Polizisten einzustellen. Die Hilfspolizisten sind, sofern diese Waffen tragen, zu entwaffnen. Die Qualität der Ausbildung der Hilfspolizisten ist zu verbessern, und eine ständige Weiterqualifizierung der Hilfspolizisten zu garantieren. Die Hilfspolizisten sollen

nur bei ordnungspolizeilichen Maßnahmen, wie beispielsweise im Landschafts- und Gewässerschutz, oder in der Verkehrserziehung eingesetzt werden. Hilfspolizisten können auch zu Mediatoren bei Familienstreitigkeiten und zur Konfliktprävention in Schulen ausgebildet werden, um die Polizeidienste zu entlasten.

Die Versäumnisse und Fehler die bei der Sicherung der Love Parade in Duisburg im Juli 2010 sowie das Kompetenz- und Informations-Wirrwarr zwischen Polizei und privaten Sicherheitskräften bei der damals ausbrechenden Panik, sind Anlass für die FDP, eine einheitliche Ausbildung der privaten Sicherungs- und Wachdienste zu fordern.

Während es in vielen Ländern Europas spezielle Gesetze für Zulassung, Betrieb sowie Aus- und Fortbildung der Beschäftigten von privaten Sicherheitsdiensten gibt, erfolgt die Tätigkeit privater Sicherheitsdienstleister in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der Freiheit der Berufswahl und der Berufsausübung. Das reicht nicht. Wir brauchen länderübergreifend einheitliche Ausbildungsstandards. Alle Angestellten von privaten Sicherheits- und Wachdiensten müssen mindestens eine standardisierte, den Anforderungen angemessene, drei Monate dauernde Ausbildung durchlaufen, die mit einer Zulassungsprüfung endet.

Der Schutz vor Straftaten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Teil einer aktiven Bürgergesellschaft. Auch hier gilt: potentielle kriminelle Karrieren so früh wie möglich zu erkennen und dagegen an zu steuern. Deshalb setzt die Prävention vor allem bei Kindern und Jugendlichen an, wobei hier beachtet werden muss, dass nicht jede körperliche Rangelerei gleich als Verhaltensauffällig stigmatisiert werden darf. Deshalb müssen auch Betreuer und Lehrer geschult werden.

Ein wesentlicher Beitrag ist dabei die Präventionsforschung. Ein interdisziplinärer Lehrstuhl für Kriminalprävention soll eingerichtet und mit dem Deutschen Präventionstag verknüpft werden. Er soll auch Leitzentrum des jährlich zu erstellenden Sicherheitsberichts für die Fortschritte in der Gewalt- und Kriminalprävention werden. Ziel ist es, die wissenschaftliche Erkenntnisse anhand von Praxiserfahrungen weiterzuentwickeln und den interdisziplinären Ansatz der Kriminalprävention voran zu bringen.

Eine Weiterbildung zum Thema Jugendgewalt und Konfliktprävention soll für alle angehenden Referendare Pflicht werden, ebenso für alle bereits in den Schuldienst übernommenen Lehrer. Ärzte und Rettungskräfte sollten in ihrer Ausbildung sensibilisiert werden. Entsprechende freiwillige Angebote sollen auch Kindergärtnerinnen und allen in der Jugendarbeit Tätigen gemacht werden.

Beschleunigte Verfahren, analog dem Neuköllner Modell, sollen bei jugendlichen Straftätern bundesweit angewandt werden. Spürbare Sanktionen müssen innerhalb eines Monats greifen, um kriminelle Karrieren

## 40. Geburtstag



Seinen 40. Geburtstag feierte Hartfrid Wolff am Freitag, den 28. Januar 2011 in Berlin. Kurz nach 0.00 Uhr gratulierten Kollegen und Mitarbeiter Hartfrid Wolff zum runden Geburtstag. Die FDP-Fraktionsvorsitzende und Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, Brigit Homburger MdB, war eine der ersten Gratulanten. Foto: Kiessling



Eine gehaltvolle Torte schenkten die Mitarbeiter von Hartfrid Wolff Ihrem Chef zur Stärkung für den nervenaufreibenden Betrieb in Berlin. Das erste Stück erhielt die Mitarbeiterin im Berliner Büro Manuela Göpel, die ebenfalls am 28.01. Ihren Geburtstag feierte. Christian Ahrendt, Florian Toncar und Michael Link verfolgten den Anschnitt der Torte. Foto: Kiessling

früh zu unterbinden. Mediationsgeschulte Ansprechpartner für Jugendliche, aber auch für Erwachsene können in einem bestimmten städtischen Gebiet Präsenz zeigen, aufkommende Konflikte deeskalieren und auffällige Jugendliche aber auch Erwachsene ansprechen.

In den Innenstädten sollen wieder vermehrt Fußstreifen der Polizei eingesetzt werden, nicht hauptsächlich zur Kontrolle, sondern zur Prävention und als Ansprechpartner.. Wer Sicherheit mit menschlichem Gesicht will, muss auch Menschen einsetzen und zwar

da, wo Menschen sind. Das bedeutet mehr Personal und damit mehr Kosten. Doch die ökonomischen Kosten einer unklaren Sicherheitslage und einer vergessenen Prävention, die ökonomischen Kosten einer Absenkung des Sicherheitsgefühls und, damit verbunden, eines sinkenden Lebensgefühls, übersteigt vielfach die direkten Kosten. Das sollte uns unsere Sicherheit wert sein, weg von einem gläsernen, überwachten Bürger hin zum aufmerksamen, verantwortlichen Bürger, der seinen Partner beim Sicherheitsfachmann findet.

## Aus dem Bundestag

### Jahreswirtschaftsbericht 2011

Satte 3,6 Prozent Wachstum konnte Deutschland im Jahre 2010 verzeichnen. Und 2011 geht der Aufschwung weiter. Plus 2,3 Prozent sagt der Jahreswirtschaftsbericht voraus. In allen Teilen der Gesellschaft von der Berufseinsteigerin über den Facharbeiter bis zum Rentner sei das Wirtschaftswachstum inzwischen zu spüren, so Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle** in seiner Regierungserklärung am 20.01.2011 im Bundestag. Der Aufschwung hat die Mitte der Gesellschaft erreicht. Mit den Anfang 2010 beschlossenen Entlastungen von insgesamt 24 Milliarden Euro habe die Regierung dazu einen wichtigen Impuls geliefert. FDP - Finanzpolitiker **Hermann Otto Solms** warf der Opposition angesichts ihrer negativen Interpretation der Wirtschaftsdaten „völligen Realitätsverlust“ vor. Die Wirtschaftsentwicklung habe die Erwartungen aller weit übertroffen. Und die Tatsache, dass zwei Millionen Menschen, die früher arbeitslos waren, jetzt „wieder durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt finanzieren können“, sei „doch das sozialste an dieser Entwicklung“. Für die Koalition stehe die Haushaltskonsolidierung im Mittelpunkt. „Steuerreform und Haushaltskonsolidierung gehören Hand in Hand“, so Solms. Die Spielräume, die durch Konsolidierung erarbeitet werden, dürften nicht „durch neue Staatsausgaben verschwendet werden“. Stattdessen werde man diese an die Arbeitnehmer zurückgeben, die von der kalten Progression besonders betroffen sind, kündigte Solms an. Auch der technologiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Martin Lindner**, begrüßte die „gesunde Entwicklung“, mahnte aber zu Wachsamkeit, was die Stabilität des Euro angeht. Gelingen es nicht, den Euro zu sichern, werde dies auch für die deutsche Entwicklung negative Folgen haben. Die EU müsse zu Regelungen für Umschuldungs- und staatliche Insolvenzverfahren kommen.

### Zwangsheirat

Der Bundestag hat sich in erster Lesung mit dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Zwangsheirat befasst. Zwangsheirat sei kein Kavaliärsdelikt, betonte FDP-Innenexperte **Hartfrid Wolff**. Die Rechte der Frauen zu achten sei vielmehr „ein Grundprinzip unserer Werteordnung“. Zwangsheirat sei leider kein Einzelphänomen, so Wolff. Es gebe in Deutschland zu viele Frauen, die in einer Zwangsheirat leben müssten und einem enormen psychischen Druck von Freunden und Familien ausgesetzt werden. Die Regierung setze sich für diese Frauen ein und schaffe dafür einen eigenen Straftatbestand. Der Opferschutz sei dabei aber genauso wichtig. Daher habe man ein Rückkehrrecht nach Deutschland für Opfer geschaffen, mit dem man ins Ausland verschleppten Frauen die

Chance auf Rückkehr gebe. Mit dem Gesetzentwurf setze die Regierung zugleich ein Signal gegen eine ideologische Zuwanderungspolitik. Man wolle damit die Zuwanderung besser für das Land nutzen. So werde auch die Residenzpflicht für Asylbewerber gelockert. Damit steigen die Chancen von jungen Migranten auf dem Arbeitsmarkt. FDP - Zuwanderungsexperte **Serkan Tören** betonte in der Debatte, die Regierung mache mit dem Gesetzentwurf „unmissverständlich klar“, dass Zwangsheirat nicht mit den gesellschaftlichen Werten vereinbar sei. Die Regierung belasse es jedoch nicht bei Mahnungen und bei Gesten wie die Vorgängerregierungen, sondern betätige sich aktiv beim Opferschutz. Daher schaffe man mit dem Rückkehrrecht einen echten Fortschritt für die Opfer.

### Gedenkstunde

Der Bundestag hat am 27.01.2011 der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Im Mittelpunkt standen dabei diesmal die von den Nazis ermordeten 500.000 Sinti und Roma. Mit dem niederländischen Sinto Zoni Weisz hielt erstmals ein Vertreter dieser Gruppe die Gedenkrede im Reichstagsgebäude. Der 73-jährige Holocaust-Überlebende warnte eindringlich vor einer Wiederholung der Geschichte: „Es gibt in osteuropäischen Gaststätten wieder Schilder mit der Aufschrift: Für Zigeuner verboten!“ Weisz appellierte an die Deutschen, weiter intensiv die Erinnerung an die Schrecken des Holocaust und der Nationalsozialisten wachzuhalten. Zu Beginn der Gedenkstunde mahnte Bundestagspräsident Norbert Lammert: „Die Opfer verpflichten uns, alle Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung zu ächten.“ Noch heute fühlten sich viele Sinti und Roma diskriminiert und stigmatisiert, auch in Deutschland.

### Bildungsbericht

Der Bundestag befasste sich am 27.01.2011 mit dem Nationalen Bildungsbericht 2010. Dieser soll Perspektiven des deutschen Bildungssystems aufzeigen, nach zurückliegenden Reformen Bilanz ziehen und aktuelle Problemfelder benennen. Der diesjährige Bericht attestiert ein „steigendes Bildungsniveau“ in der Bundesrepublik. Gleichzeitig jedoch sind Kinder aus bildungsfernen Schichten bei der Frühförderung und den höheren Bildungsabschlüssen nach wie vor unterrepräsentiert. **Patrick Meinhardt**, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, ist davon überzeugt, dass sich mehr Freiheit bei den Bildungseinrichtungen positiv auf die Bildungserfolge auswirken wird. Kritik aus der Opposition an der Bildungspolitik der Bundesregierung wies Meinhardt zurück. Die christlich-liberale Koalition habe in dieser Legislatur zwölf Milliarden Euro für

Bildungsinvestitionen bereitgestellt. Weiterhin sei es in der Bildungspolitik wichtig, dass Bund und Länder aufeinander zugehen. Damit sei auch gemeint, dass eine Landesregierung nicht einfach wie in NRW die Studiengebühren abschaffen könne, um dann gleichzeitig die finanziellen Einbußen vom Bund einzufordern. FDP - Bildungspolitikern **Sylvia Canel** ging in ihrer Rede noch einmal auf die auseinanderklaffende „edukative Schere“ ein, die laut Bildungsbericht die zentrale Herausforderung in der Bildungspolitik ist. Für die FDP-Bildungsexpertin liegt hierzu der Schlüssel im Ausbau des Angebots der frühkindlichen Bildung.

### Afghanistan-Mandat

Der Bundestag hat am 28.01.2011 die Fortsetzung der Teilnahme deutscher Soldaten am ISAF-Einsatz in Afghanistan beschlossen. Mit einem international abgestimmten Fahrplan will die Bundesregierung die Verantwortung bis 2014 komplett in die Hände der afghanischen Sicherheitskräfte übergeben. Der Fokus der Maßnahmen liegt in den Bereichen Wiederaufbau und Verantwortungsübergabe. „Dieser Schwerpunkt schafft überhaupt erst die Voraussetzung für eine Abzugsperspektive“, machte FDP-Fraktionschefin **Birgit Homburger** in ihrer Rede deutlich. Die Bundesregierung hat die Mandatsverlängerung mit den Ergebnissen des Afghanistan - Fortschrittsberichtes vom Dezember verknüpft. Der Strategiewechsel der christlich-liberalen Bundesregierung habe sich bereits als erfolgreich erwiesen, die Ziele seien sogar „übererfüllt“ worden, betonte Homburger. „Wir versetzen die Menschen Afghanistans in die Lage, die Verantwortung zu übernehmen.“ Dazu leiste vor allem auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen entscheidenden Beitrag. Durch den internationalen Einsatz habe sich die Situation in Afghanistan verbessert, stellte der Leiter der AG-Afghanistan der FDP-Bundestagsfraktion, Bijan Djir-Sarai, klar. 13.000 Kilometer Straße, der Bau von Schulen und Krankenhäusern, Verbesserung der medizinischen Hilfe und der Versorgung mit Energie: Dies seien alles Erfolge, die durch den Schutz deutscher Soldaten am Hindukusch erst ermöglicht wurden. Nun sei es wichtig, auf eine politische Lösung „unter konsequenter Einbindung der Nachbarländer“ hinzuarbeiten, so der FDP-Außenpolitiker.

### Wahl des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen

Am 28.01.2011 hat der Bundestag mit großer Mehrheit Roland Jahn zum neuen Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) gewählt. Die Liberalen hatten vor der Wahl für den Bürgerrechtler geworben.

## Europa

**Erleichterung: Arztbesuche im EU-Ausland**

Das Europaparlament nahm am 19.02.2011 eine Richtlinie an, die die Rechte der Patienten bei grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen regelt. Künftig können sich auch Kassenpatienten quer durch die EU in Krankenhäusern oder von Spezialisten ihrer Wahl behandeln lassen. Dabei werden die Kosten von der Krankenkasse bis zur Höhe der im eigenen Land für diese Leistung üblichen Sätze erstattet. **Holger Kraher**, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP im EP, geht die Richtlinie aber nicht weit genug: „Ambulant ja, stationär leider nicht unbedingt, die Richtlinie zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung bleibt auf halber Strecke stehen.“ Bemängelt wird u.a., dass stationäre Aufenthalte und kostspielige Behandlungen vorab bewilligt werden müssen und es kein für die Kassen verpflichtendes Gutschein-System für Behandlungen im Ausland gibt. Während vor allem Briten, Spanier und Patienten aus den neuen Mitgliedsländern von der neuen Regelung profitieren, ändert sich für Deutschland nicht viel, da im Regelfall Arztkosten im Ausland bereits erstattet werden. Punkten könnte hingegen das deutsche Gesundheitssystem mit seinem guten Ruf im Ausland und damit zur Arbeitsplatzsicherung beitragen.

**Emotionsgeladen: Programmpräsentation der ungarischen Ratspräsidentschaft im EU-Parlament**

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán stellte am 19.01.2011 in Straßburg das Programm der seit Anfang Januar laufenden Ratspräsidentschaft seines Landes im Europäischen Parlament vor. Die höchste Priorität räumt Ungarn demnach dem Kampf gegen

die Wirtschaftskrise ein. Daneben verlangte Orbán ein gemeinsames Konzept für die Eingliederung der Roma. Als dritten wichtigen Punkt hat es sich die ungarische Ratspräsidentschaft zum Ziel gesetzt bis zum Ende des sechsmonatigen Vorsitzes die EU-Beitrittsverhandlungen mit dem Kandidaten Kroatien voranzubringen. Eine Diskussion um das eigentliche Programm der ungarischen Ratspräsidentschaft fand jedoch kaum statt, da die meisten Abgeordneten, mit Ausnahme der Christdemokraten, Orbán wegen des umstrittenen Mediengesetzes in seinem Land scharf angriffen. Die EU-Kommission will das Gesetz so rasch wie möglich auf seine Vereinbarkeit mit EU-Grundsätzen prüfen und hat in einer vorläufigen Einschätzung bereits mehrere kritische Punkte ausgemacht. Der außenpolitische Sprecher der FDP im Europäischen Parlament, **Alexander Graf Lambsdorff**, forderte somit auch ein Entgegenkommen Ungarns: „Das Gesetz sollte so lange suspendiert werden, bis die EU-Kommission ihre Prüfung abgeschlossen hat.“

**Gemeinsame Ziele: FDP-Fraktion und EU-Währungskommissar Olli Rehn für Haushaltskonsolidierung von EU-Schuldnerstaaten**

Auf Einladung der FDP-Bundestagsfraktion diskutierte EU-Währungskommissar Olli Rehn am 25.01.2011 über die besten Lösungen zur Bewältigung der Finanzkrise im Interesse eines stabilen Euros. Dabei stellte er die gemeinsamen Ziele heraus und machte deutlich, dass in der gegenwärtigen Phase ein einheitliches Vorgehen der Staaten für eine umfassende Reaktion wichtig sei. Am wichtigsten sei aber, dass die EU-Staaten ihrer Verantwortung nachkommen

und ihre Haushalte in Ordnung bringen und wachstumsfördernde Strukturreformen beschließen. Der Währungskommissar sicherte der FDP-Bundestagsfraktion weiterhin zu, dass künftige Hilfen für hoch verschuldete Euro-Staaten an harte Auflagen gebunden werden sollen: „Leistung gegen Leistung“, so Rehn. Auch FDP-Fraktionschefin **Birgit Homburger** stellte die Gemeinsamkeiten heraus und machte deutlich, dass zur Euro-Stabilisierung keine finanz- und fiskalpolitischen Reparaturen auf EU-Ebene gefragt seien, sondern „mutige realwirtschaftliche Reformen auf der Ebene der betroffenen Mitgliedstaaten.“

**Frauenquote in Unternehmen? Ja – aber freiwillig**

Zwei Ausschüsse haben sich im EU-Parlament gegen die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote in Führungsetagen von Unternehmen ausgesprochen. Die Abgeordneten plädierten in Brüssel stattdessen für eine freiwillige Quote, die an der Geschlechterverteilung der Mitarbeiterschaft orientiert ist. „Frauen benötigen kein Mitleid, sondern Wertschätzung“, unterstrich die sozialpolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament **Nadja Hirsch**, die den Antrag eingebracht hatte. Die frauenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion **Nicole Bracht-Bendt** ergänzte, dass Unternehmen selbst entscheiden sollen, welche Maßnahmen geeignet sind, um den Anteil von Frauen in verantwortungsvollen Positionen zu erhöhen: „Das kann eine starre gesetzliche Quote nicht leisten“.

**Verschärfung: Neue Regeln nach Dioxin-Skandal**

Nach dem Dioxin-Skandal in Deutschland will die EU die Herstellung von Futtermitteln schärfer kontrollieren. Die 27 EU-Agrarminister beauftragten bei ihrem Treffen am 24.01.2011 in Brüssel EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș, einen entsprechenden Gesetzesentwurf auszuarbeiten. Einigkeit wurde bereits in vier Punkten erzielt: eine strikte Trennung von Fetten bei der Herstellung, eine Verpflichtung der Hersteller zu strengeren Kontrollen ihrer Produkte, die Einrichtung eines Frühwarnsystems zur Erkennung von Verschmutzung sowie strengere Auflagen für eine Zulassung zum Futtermittelbetrieb. Keine Einigung gefunden wurde hingegen für die von Deutschland geforderte Positivliste für Inhaltsstoffe von Futtermitteln sowie für eine strengere Herstellerhaftung. Die Sprecherin für Ernährung und Landwirtschaft der FDP-Bundestagsfraktion **Christel Happach-Kasan** forderte unterdessen: „Es muss Standard werden, dass die Abwesenheit von Dioxinen bei den einzelnen Futtermittelkomponenten nachgewiesen wird“.



Am 27.01.2011 war der FDP-Europaabgeordnete Michael Theurer zu Gast in Berlin und sprach mit der Besuchergruppe aus dem Wahlkreis von Hartfrid Wolff. Foto: Kiessling

## Hartz-IV an SPD Maximalforderungen gescheitert

In dieser Woche sind die Verhandlungen zu den Hartz-IV-Regelsätzen und dem Bildungspaket gescheitert. Wichtig: Die Verhandlungen sind an den Maximalforderungen der SPD und der Profilierungssucht der SPD-Verhandlungsführer gescheitert. Die FDP hat die Verhandlungen durch konstruktive Vorschläge begleitet. Die Koalition hat die schwierigen Verhandlungen in großer Geschlossenheit geführt. Die SPD hat zu verantworten, dass sich die verfassungskonformen Regelsätze und das Bildungspaket für Kinder weiter verzögern. Dazu die wichtigsten Fakten und Argumente, die Sie kennen sollten:

1. Bei der Höhe der Regelsätze gibt es keinen Verhandlungsspielraum. Die Regelsätze müssen verfassungskonform ermittelt werden und sind nicht Gegenstand politischer Verhandlungen. Die schwarz-gelbe Koalition hat nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts Hartz-IV-Regelsätze errechnet – der neue Regelsatz liegt um 5 Euro höher als bisher. Pauschalforderungen der Opposition nach höheren Regelsätzen verstoßen gegen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

2. Besonders die SPD hat die Verhandlungen mit sachfremden Forderungen erschwert. Ein allgemeiner Mindestlohn oder Sozialarbeiter an Schulen haben mit dem ursprünglichen Gesetzesvorhaben nichts zu tun. Sie sind allein aus Profilierungsgründen und im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlkämpfe von der SPD in die Verhandlungen eingebracht worden.

3. Die schwarz-gelbe Koalition hat sich in den Verhandlungen immer wieder kompromissbereit gezeigt. So wurde im Laufe der Verhandlungen das Bildungspaket für Kinder um mehr als 200 Millionen Euro aufgestockt und die Organisation in die Hände der Kommunen gelegt. Der ursprüngliche Plan, die Umsetzung mit 1300 Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit zu organisieren, wurde fallen gelassen.

4. Mit vielen guten Angeboten an die Opposition haben wir versucht die Verhandlungen zu einem positiven Ende zu führen. Diese sind u.a. eine größere finanzielle Unterstützung der Kommunen und Mindestlöhne in drei Branchen. Die SPD hat auf diese Angebote stets mit neuen Forderungen reagiert.

5. Die Zeitarbeit hat sich als Jobmotor und Brücke für Arbeitslose und Geringqualifizierte in den Arbeitsmarkt erwiesen. Diese Erfolge wären durch die Vorschläge der SPD zerstört worden. Wir setzen jetzt auf die Tarifparteien innerhalb eines Jahres bei Equal Pay zu sachgerechten Lösungen zu kommen. Andernfalls wird die Koalition eine unabhängige Kommission einsetzen. Damit gibt es die Chance für hundertausende von Zeitarbeitern die Beschäftigung zu sichern.

## Einladungen zu Veranstaltungen



### Otto Fricke MdB im Wahlkreis zu Gast

Am Mittwoch und Donnerstag nächster Woche ist der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Otto Fricke in Schorndorf zusammen mit Hartfrid Wolff MdB und dem FDP-Landtagskandidaten im Wahlkreis Schorndorf Jochen Haußmann.

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen zu folgenden Veranstaltungen:

**Mittwoch, 16. Februar, 19.30 Uhr,  
Schlachthofgaststätte, Schorndorf**  
Schlachthausstraße 5, 73614 Schorndorf  
Politische Diskussionsrunde

**Donnerstag, 17. Februar, 09.00 – 11.00 Uhr,  
Café am Markt, Weinstadt**  
Buhlstraße (beim Marktplatz), 71384 Weinstadt-Beutelsbach  
Unternehmerfrühstück.

### Daniel Bahr MdB spricht in Winnenden

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium Daniel Bahr MdB kommt zu einer politischen Diskussionsveranstaltung mit Hartfrid Wolff und dem FDP-Landtagsabgeordneten Minister Prof. Dr. Ulrich Goll nach Winnenden:

**Dienstag, 1. März, 19.30 Uhr,  
Burghotel „Schöne Aussicht“ in Winnenden-Bürg.**

## Wahlkreisgruppe auf Einladung von Hartfrid Wolff MdB in Berlin vom 26. bis 29. Januar 2011



Hartfrid Wolff begrüßte am Donnerstag, den 27. Januar 2011 die Wahlkreisgruppe aus dem Rems-Murr-Kreis im Fraktionsaal der FDP-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude. Zuvor sprach im Plenum der Bundesaussenminister Guido Westerwele zum Thema Tunesien.



Foto oben: Spaziergang der Besuchergruppe über die „Glienicer Brücke“. Am Freitag, den 28. Januar 2011 stand Potsdam und der Wannsee auf dem Besuchsprogramm.

Foto rechts unten: In der Stadt Potsdam befand sich während der DDR-Zeit mitten in der Stadt ein Stasi-Untersuchungsgefängnis. Von aussen getarnt, erlebte die Besuchergruppe im innern durch eine Führung ein Einblick in eine schreckliche Zeit.

Foto rechts oben: Die Gruppe mit Reiseleiterin Christiane Brandt vom Bundespresseamt am Brandenburger Tor.  
Fotos: Kiessling

